

GEGEN DIE VERURTEILUNG VON DEMONSTRANTEN GEGEN DAS ATOMKRAFTWERK GROHNDE HAT SICH BREITER PROTEST ERHOSEN.  
SO ERKLÄRTEN ZAHLREICHE PERSÖNLICHKEITEN:

#### Erklärung zu den Grohnde-Prozessen

Am 17.4.1978 wurde gegen den ersten Angeklagten der Grohnde-Prozesse das Urteil gefällt: 13 Monate ohne Bewährung und im Anschluß eine Freiheitsstrafe von 9 Monaten aus anderer Sache, die zur Bewährung ausgesetzt war, aber „gleich mit“ widerrufen wurde – weil der Angeklagte in Grohnde demonstriert hat.

22 Monate also. Wie sagte Ministerpräsident Albrecht vor Beginn des Prozesses öffentlich? „*Unsere Gesetze reichen aus, diese Verbrecher angemessen zu bestrafen*“. So sieht politische Vorverurteilung aus.

Und so wurde denn der Atomgegner Gerhardt Schulz (weisungsgemäß?) für „schuldig“ befunden, am 19.3.1977 bei der Demonstration gegen das im Bau befindliche AKW Grohnde Bundesbahn und Polizei „genötigt“, sowie „Landfriedensbruch“ und „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ begangen zu haben. Ein Unrechtsurteil auf höchst zweifelhafter Beweisgrundlage im Gewande der Justizförmigkeit. Sein Kernsatz lautet: „*Entscheidend ist, daß der Angeklagte da war (bei der Demonstration). Das reicht schon für den Tatbestand des Landfriedensbruch aus.*“ Formal richtig: Aber: 30.000 Bürger, die als Gegner der tötlichen Energiepolitik der Regierung, die Atomenergie fordert, ohne zu wissen, was das eigentlich ist, in Grohnde demonstriert haben, wären allein wegen ihrer Teilnahme daran zu bestrafen. 13 von ihnen sind herausgegriffen und angeklagt, um ein Exempel zu statuieren, während die Staatsanwaltschaft bei 29.987 anderen Bürgern das Legalitätsprinzip verletzt hätte. 29.987 mal hat sie gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Hat sie Angst vor der politischen Konsequenz ihres politischen Tun's? Das Gericht hat ein Widerstandsrecht nicht anerkannt, da dieses nur für die Verteidigung der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung gelte, die Demonstration sich aber gerade dagegen gerichtet habe. Die Staatsanwaltschaft wörtlich in der Hauptverhandlung: „*Und wenn die Welt untergänge (weil alle AKW's explodierten), gäbe es ein Widerstandsrecht nicht*“. Daß allerdings die freiheitlich demokratische Grundordnung verletzt wird, wenn Wirtschaft und Regierung aus gewinnwirtschaftlichen Gründen ein letztlich unbeherrschbares Lebensrisiko gegen den Willen weitester Kreise der Bevölkerung erzwingen wollen – davon wollten Staatsanwaltschaft und Gericht nichts hören, schon gar nicht darüber reden. Das Gericht erklärte sich übrigens als auch „unabhängig“, als objektiver Richter zwischen den Interessen der wirtschaftsorientierten Regierung und der dadurch gefährdeten Bürger. Beweis: das Gericht habe sich ja auch nicht den öffentlich erhobenen Forderungen der Anti-AKW-Bewegung und zahlreicher demokratischer Persönlichkeiten gebeugt, das Verfahren einzustellen.

Mit diesem Urteil ist ein bedrohliches Zeichen für die weitere Kriminalisierung und Verfolgung der Atomgegner durch den Staat gesetzt worden. 12 weitere Grohnde-Angeklagte müssen jetzt ebenfalls mit hohen Gefängnisstrafen rechnen, die ihre berufliche und persönliche Existenz allein wegen ihrer Gegnerschaft gegen atomare Anlagen gefährden.

Darüberhinaus wird durch dieses Urteil das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit regelrecht außer Kraft gesetzt, was für jeden Demokraten – egal gegen welchen Mißstand und gegen welches Unrecht er sich engagiert – ein Alarmsignal sein muß.

Die demokratische Diskussion wird zunehmend schwerer in einem Klima, in dem bereits Atomgegner als Staatsfeinde und Terroristen „im Namen des Volkes“ verurteilt werden. Als Demokraten fordern wir zum Protest und Widerstand gegen eine Entwicklung auf, die uns immer mehr an eine schreckliche Vergangenheit in unserem Land erinnert.

Die Konferenz von Bürgerinitiativen aus über 30 Städten und Orten vom 7.5.78 in Hannover ruft auf:

Protestieren wir gemeinsam am 10.6.78 in H A N N O V E R gegen die Grohnde-Prozesse

- unabhängig von der eigenen Stellung zur "Freiheitlichen demokratischen Grundordnung",
- unabhängig von den Vorstellungen über die Formen des Widerstandes,
- unabhängig von Weltanschauung und Parteizugehörigkeit.

Am wochenende den 10./11. Juni findet in Hannover ein Kongress/ Arbeitstreffen statt mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten:

- Atomenergieprogramm und Demokratie,- Anti-AKW-Bewegung und Gewerkschaften,- Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben,- Widerstandsformen